

VERSORGUNGSANSTALT
bei der
Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz
Körperschaft des öffentlichen Rechts

117er Ehrenhof 3, 55118 Mainz

Der Verwaltungsrat:

Dr. Martin Spukti (Vorsitzender), Dr. Jens Vaterrodt (Stellvertretender Vorsitzender), ZA Phillip Apeldorn, Sanitätsrat Dr. Werner Sträterhoff, Dr. Judith Friedrich, Dr. Susanne Huyer, Dr. Michael Herget

R u n d s c h r e i b e n - I / 2026

Mainz, im Januar 2026

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Mit diesem Rundschreiben informieren wir Sie über

- I. Beschluss des Verwaltungsrates zur Faktorerhöhung**
- II. Termin der Hauptversammlung (HV) November 2026**
- III. Informationen in eigener Sache**

I. Beschluss des Verwaltungsrates zum Multiplikator gemäß § 19 Abs. 6 der Satzung

Bereits in der Hauptversammlung 2024 wurde die grundlegende Entscheidung getroffen, dass die 2012 beschlossene Absenkung des Faktors in § 19 Abs. 6 der Satzung rückgängig gemacht werden soll. Diese Absenkung hätte die Rente für Teilnehmer der Jahrgänge ab 1970 betroffen. Ab 2025 erfolgt eine Anhebung des Faktors von 4,1% auf 4,25%, wobei diese erst einmal nur rechnerischer Natur ist, da die genannten Jahrgänge erst in einigen Jahren das Renteneintrittsalter erreichen. Der Versicherungsmathematiker hat herausgestellt, dass die Wiedererhöhung des Faktors auch die demografischen Parameter widerspiegelt. Zugleich wird damit sichergestellt, dass die Versorgungsanstalt auch künftig ihrer Verpflichtung nachkommt, den Teilnehmern eine auskömmliche Rente zu zahlen.

II. Termin der Hauptversammlung (HV) 2026

Die nächste Hauptversammlung der Versorgungsanstalt findet am 18.11.2026 um 15.00 Uhr in den Räumlichkeiten der Landeszahnärztekammer statt.

Die Sitzung der HV sind für alle Teilnehmer der VA öffentlich. Alle Teilnehmer der Versorgungsanstalt sind hierzu herzlich eingeladen.

III. In eigener Sache

Auch in den letzten Wochen sind wieder Berichte erschienen, in denen von einzelnen Versorgungswerken vorzunehmende Abschreibungen thematisiert wurden. Dies hat zu entsprechenden Anfragen interessierter und teilweise auch besorgter Teilnehmer an die Versorgungsanstalt geführt.

Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass Beiträge oftmals einseitig und interessengeleitet sind, sei es dass sie boulevardesk und aufmerksamkeitsheischend verfasst sind, sei es dass sie die finanziellen Interessen von Versicherungen und anderen Einrichtungen verfolgen, die gerne ein Stück vom Kapitalanlage-Kuchen abhaben möchten.

Hinzu kommt häufig eine Einseitigkeit in der Darstellung. Wenn es beispielsweise heißt, die Bayerische Versicherungskammer müsse wegen Immobiliengeschäften in den USA eine Abschreibung von „bis zu“ (sic!) 700 Millionen Euro vornehmen, wird nur am Rande erwähnt, dass dieser Betrag über mehrere Jahre hinweg abgeschrieben wird und insgesamt circa 0,6% der Kapitalanlagen der BVK ausmacht.

Die Diversifizierung der Kapitalanlagen der Versorgungsanstalt bewegt sich bereits aufgrund der zu beachtenden Anlageverordnung (AnIV) innerhalb gesetzter Leitplanken. Die Kapitalanlagen, die Höhe der Einnahmen und der Leistungen usw. der Versorgungsanstalt werden kontinuierlich von einem Wirtschaftsprüfer, dem Versicherungsmathematiker und von der Aufsicht überprüft. Letzterer wird quartalsweise der Stand der Kapitalanlagen gemeldet.

Bei den problematisch gewordenen Kapitalanlagen handelt es sich oftmals um solche, die in der langen Niedrigzinsphase vor 2022 getätigt wurden, um überhaupt Erträge zu erzielen und mit denen über Jahre hinweg überdurchschnittliche Renditen erzielt wurden. Stets gilt: Je höher die Rendite, desto höher das Risiko. Wegen Einzelheiten hierzu verweise ich auf die Ausführungen im Rundschreiben II/2025.

Die Versorgungsanstalt hat im Jahr 2024 eine Nettorendite von 3,6% bezogen auf alle Kapitalanlagen erzielt. Es ist absehbar, dass sich das Ergebnis für das Jahr 2025 in einem ähnlichen Bereich bewegen wird. Mit unserem Wirtschaftsprüfer dürfen wir daher feststellen, auch in der jüngeren Vergangenheit gute Ergebnisse erzielt zu haben.

Als Reaktion auf die Situation bei einzelnen Versorgungswerken ist die Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungswerke (ABV) bemüht, gewisse einheitliche Standards von allen Versorgungswerken zu verlangen. Den Versorgungswerken, die diese Vorgabe erfüllen, soll das sogenannte ABV-Prädikat erteilt werden. Der Katalog von Anforderungen zur Erlangung des ABV-Prädikats ist noch nicht abschließend benannt. Die angedachten Vorgaben werden jedoch von der Versorgungsanstalt erfüllt. Wir sehen uns daher darin bestätigt, die Gütekriterien für Versorgungswerke bereits in der Vergangenheit erfüllt zu haben und diese auch in Zukunft erfüllen zu können.

Mit besten kollegialen und freundlichen Grüßen

Ihre Versorgungsanstalt



Dr. Martin Spukti
Vorsitzender des Verwaltungsrates